

halts-Stat des Deutschen Reichs für das Etatsjahr 1878/79; vom 1. Juni 1878. Nr. 1241: Gesetz, betreffend die Gewährung einer Ehrenzulage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71; vom 2. Juni 1878. Nr. 1242: Allerhöchster Erlass, betreffend die Beauftragung Sr. Kaiserlichen und Königl. Hohheit des Kronprinzen mit der Stellvertretung Sr. Majestät des Kaisers in den Regierungsgeschäften; vom 4. Juni 1878. Nr. 1243: Erlass Sr. Kaiserlichen und Königl. Hohheit des Kronprinzen wegen Uebernahme der Stellvertretung Sr. Majestät des Kaisers in den Regierungsgeschäften; vom 5. Juni 1878. Nr. 1244: Verordnung, betreffend die Auflösung des Reichstags; vom 11. Juni 1878. Nr. 1245: Verordnung, betreffend die Wahlen zum Reichstag; vom 11. Juni 1878. Nr. 1246: Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres; vom 12. Juni 1878.

Sämmtliche Stücke liegen an Rathsstelle zu Jedermanns Einsichtnahme aus.
Eibenstock, am 17. Juni 1878.

Der Stadtrat.
Rose, Bürgermeister.

Tagesgeschichte.

— Berlin, 18. Juni. Die Aerzte des Kaisers veröffentlichen heute folgende Mitteilung: Die Unterzeichneten halten sich zur Ergänzung der von ihnen über das Befinden des Kaisers und Königs ausgegebenen Bulletins zu folgender Aeußerung verpflichtet, um mancherlei unrichtigen Auffassungen entgegenzutreten: Durch Gottes gnädige Hülfe ist der Verlauf der Verletzungen und des Gesamten durch das so tief beklagenswerthe Ereigniß hervorgerufenen Krankheitszustandes Sr. Majestät bisher ein fast über Erwarten günstiges gewesen. Die einzelnen Momente dieses Verlaufs sind in den mitgetheilten Bulletins verzeichnet. Hieraus wird nun in hoffnungsvoller Freude vielfach gefolgert, daß die völlige Genesung Sr. Majestät in nächster Nähe bevorstehe. Unter den obwaltenden Umständen ist die Erfüllung dieses gewiß in allen Herzen lebenden Wunsches jedoch voraussichtlich leider nicht zu erwarten. Se. Majestät haben außer zeitweiligen Schmerzempfindungen nicht nur unter einer durch die Gebrauchsunfähigkeit beider Arme bedingten großen Unbehilflichkeit viel zu leiden, sondern das Ziel der gänzlichen Wiederherstellung kann auch nur nach längerer Zeit erreicht werden und auf dem Wege dazu können manche Schwierigkeiten liegen, welche unter Gottes Beistand hoffentlich wie die bisherigen glücklich, aber nicht ohne Beschwerden für den hohen Patienten zu überwinden sein werden.

Dr. v. Lauer. Dr. v. Langenbeck. Dr. Wilmsh.

— Berlin, 18. Juni. Der Kongress ist mit seiner zweiten Sitzung in die beratende Thätigkeit eingetreten, und zwar ist es die bulgarische Frage, welche in erster Linie den Gegenstand der Besprechung gebildet hat. Die Diskussion wird sich, wie man, ohne besondere Informationen zu besitzen, getrost annehmen darf, wesentlich um die Frage bewegen, ob eine Zweitheilung Bulgariens in der Weise statt zu finden hat, daß ein nördliches, politisch selbstständiges, und ein südliches, nur administrativ selbstständiges Bulgarien geschaffen werden soll. Es ist dies eine Angelegenheit, welche auch das im Londoner „Globe“ mitgetheilte, jedoch nicht zur Vollziehung gelangte Spezialübereinkommen Englands und Russlands vom 30. v. M. behandelt. Man ist hier sehr verschiedener Meinung darüber, wie sich der Erfolg dieser bulgarischen Debatte gestalten wird, im Großen und Ganzen überwiegt eine pessimistische Auffassung und ist man der Ansicht, daß bereits jetzt die Differenzen sich schwieriger und größer erweisen, als man in der hoffnungseligen Stimmung bei Eröffnung des Kongresses angenommen hat. Es ist nahezu gewiß, daß die englisch-russischen Differenzen noch keine Erledigung in den jüngsten Spezialkonferenzen gefunden haben. Ebenso bezweifelt man auch die Wiener Nachrichten, daß Oesterreich sich mit Russland geeinigt habe. Auch in Bezug auf die kleinen Staaten sieht Alles beim Alten und ist entschiedene Abneigung vorhanden, irgend einem derselben (nicht einmal Griechenland) den offiziellen Zutritt zu dem Kongress zu gestatten. Die nach dieser Richtung hin bestehende Situation wird auch keineswegs dadurch gemildert, daß neuerdings Persien beansprucht, auf dem Kongresse vertreten zu sein. Die Zurückweisung Griechenlands wird in Athen, wo man sich sehr sanguinischen Hoffnungen hingiebt, äußerst übel empfunden werden. Es ist überhaupt anzunehmen, daß die hellenische Frage noch mannigfache Schwierigkeiten zeitigen wird. Die Pforte ist mit gutem Recht nicht gewillt mehr Zugeständnisse zu machen, als ihr durch den Friedensvertrag von San Stefano von vorn herein auferlegt sind, und dürfte somit eine türkenfeindliche Behandlung der epiratischen und thessalischen Frage Szenen wiederholen, wie die gewesen sind, welche die türkischen Konferenzmitglieder seiner Zeit zu Konstantinopel aufgeführt haben. Zu Alledem kommt noch, daß die Atmosphäre um und in Konstantinopel an Schwüle nichts verloren hat und daß die zwischen Türken und Montenegrinern wieder ausgebrochenen Feindseligkeiten den peinlichen Zustand erzeugt haben, daß nicht einmal während des Kongresses der Kriegslärm aufhört. Es ist dies ein böses Omen.

— Die preussische Regierung hat verschiedentliche Rundschreiben erlassen, welche die Aufmerksamkeit ihrer Beamten und der ihrem Ressort unterstehenden Behörden auf die wachsende sozialdemokratische Agitation lenkt. So ist auch den Handelsvorständen und somit auch den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft folgendes Schreiben des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zugegangen: „Die traurigen Ereignisse der jüngsten Zeit haben mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt, welche Früchte durch die sozialdemokratische Agitation der letzten Jahre gezeitigt sind und welche Gefahren dem Vaterlande aus dem ungehinderten Fortgange derselben drohen würden. Sie stellen daher nicht nur an die Gesetzgebung und Verwaltung des Staates, sondern auch für alle Klassen der bürgerlichen Gesellschaft die dringende Aufgabe, jenen Agitationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu treten. Insonderheit werden auch die Vertreter der Industrie sich aufgefordert fühlen müssen, durch eine energische, vereinigte

und planmäßige Selbstthätigkeit dafür zu sorgen, daß jene Agitationen von dem in ihren Unternehmungen beschäftigten Personal ferngehalten und, wo sie bereits Boden gefunden haben, wieder beseitigt werden. Aus öffentlichen Kundgebungen habe ich zu meiner Befriedigung ersehen, daß die Industrie in einzelnen Kreisen sich dieser Aufgabe bereits bewußt geworden ist. Es wird aber Pflicht aller Handelskammern und kaufmännischen Korporationen sein, in ihrem Kreise die Erkenntnis zu verbreiten und zu befestigen, daß der Stand der Arbeitgeber nicht nur eine dringende patriotische Anforderung erfüllt, sondern auch seinem eigensten Lebensinteresse dient, wenn er den natürlichen Einfluß, welchen er auf die Arbeiter auszuüben vermag, in entschiedener und planmäßiger Weise benutzt, um selbst unter Hintansetzung augenblicklicher Geschäftsinteressen die sozialdemokratische Agitation zu bekämpfen. Ohne auf die mancherlei Mittel einzugehen, welche eine wohlwollende und verständige gemeinsame Thätigkeit zur heilsamen Einwirkung auf die arbeitenden Klassen den Arbeitgebern darbietet, will ich namentlich darauf aufmerksam machen, daß jeder unter ihnen im Stande ist, nicht nur im persönlichen Verkehr mit seinen Arbeitern durch Belehrung und Ermahnung auf dieselben einzuwirken, sondern auch durch aufmerksame und kräftige Beaufsichtigung der Arbeiterräume dafür Sorge zu tragen, daß das Zusammensein der Arbeiter nicht zu sozialdemokratischen Agitationen, zum Vertheilen oder Vorlesen von sozialdemokratischen Zeitungen und Schriften, wie es seither mitunter geschehen sein soll — gemißbraucht werde und daß solche Elemente, welche den Rathungen des Arbeitgebers kein Gehör schenken, oder sogar die sozialdemokratischen Lehren unter ihren Mitarbeitern zu verbreiten suchen, aus den Fabriken und Werkstätten entfernt werden. Zu dem patriotischen Sinne der Herren Ältesten vertraue ich gern, daß dieselben sich angelegen sein lassen werden, in dem von ihnen vertretenen Kreise des Handelsstandes die Erkenntnis von dem, was unter den gegenwärtigen Umständen noth thut, kräftigst zu fördern.“

— Aus Württemberg. Zwischen Lichtenstein und Oberhausen trat ein stehfüßiger Bettler zweien Wanderern mit der Bitte entgegen: „O sind Sie auch so gut!“ Der Herr durchspäht sein Portemonnaie und spricht: „Es thut mir leid, lieber Mann, ich habe kein Kleingeld mehr!“ Des Bettlers Gesicht verfinstert sich: „Nacht nig, ich kann wechseln!“ „Auf einen Tausendmarktschein können Sie mir doch wohl nicht herausgeben?“ lächelte der Stuttgarter gutmüthig. „Nein, aber auf zwanzig Mark!“ versichert der Bettler und folgte drohend. „Wenn Sie so viel Geld haben,“ rath der Stuttgarter, „dann sollten Sie doch nicht mehr betteln!“ „Warten Sie,“ schreit der Bettler, wüthend seinen Stecken schwingend, „Sie sind auch einer von denen! Aber nur Geduld, wir kommen auch mal hoch. Ihnen wird man's schon eintränken, wenn jetzt die Umsturypartei obenauf kommt! Dann gnade Gott! Ich kenne Sie wieder mit Ihrem Gesicht und wenn's noch zehn Jahre dauert!“

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 19. Juni. Gestern Vormittag wurde in dem sogenannten Schmid'schen Teiche in der Nähe der Wolfgrün-Eibenstocker Chaussee der Leichnam des 68 Jahre alten Schneidemeister David Heinrich Delsner von hier aufgefunden und postzeilich aufgehoben. Allem Anscheine nach liegt hier Selbstmord vor, und wie es scheint, ist derselbe durch Nahrungsorgen veranlaßt worden. — Die gekrönte Feier der silbernen Hochzeit unseres erlauchten Königspaares wurde auch in unserer Stadt durch Beflaggen der öffentlichen Gebäude und Privathäuser ausgezeichnet. In der Schule war öffentlicher Actus veranstaltet worden, bei welchem Hr. Lehrer Künzel die Festsrede hielt, und der versammelten Jugend die Bedeutung des Tages veranschaulichte.

— Vergnügungskreisende, welche Berlin zum Ziel ihrer Wanderschaft ersehen haben, machen wir darauf aufmerksam, daß Fremde sich auf den Berliner Bahnhöfen legitimiren müssen, solche, die nicht von Bekannten abgeholt werden, müssen mit Paßkarten oder sonstigen Legitimationspapieren versehen sein.

— Chemnitz. Der bekannte Agitator Most beabsichtigt, nach Ablauf der sechs Wochen, welche er im hiesigen Gefängnis zu verbüßen hat, sofort eine weitere Strafe von 3 Monaten anzutreten, welche er sich als Redacteur der „B. Fr. Pr.“ verdient hat. Da gegen Most noch ein weiterer Proceß im Gange ist, in welchem in erster Instanz bereits 2 Monate erkannt sind, und welcher wahrscheinlich bis zur Beendigung der ersten 3 Monate ebenfalls alle Instanzen durchlaufen haben wird, so dürfte Most für das laufende Jahr bewahrt und aufgehoben sein.

— Werdau, 16. Juni. In einer gestern abgehaltenen außerordentlichen Sitzung hat das hiesige Stadtverordnetencollegium auf die Ermittlung des Verfassers des an den Fabrikanten und Stadtverordneten-Vorsteher Herrn Franz Bähler gerichteten Drohbrieves 500 Mark